

NACHRICHTEN

PRÄSIDENTENWAHL

Putin als vierter Kandidat registriert

MOSKAU – Kremelchef Wladimir Putin hat von Russlands zentraler Wahlkommission als vierter Kandidat offiziell die Zulassung zur Präsidentenwahl im März erhalten. Wie Wahlleiterin Ella Pamfilowa am Montag in Moskau mitteilte, haben die übrigen Bewerber bis zum 31. Januar Zeit, die nötigen Unterschriften von Wahlberechtigten und Unterlagen zur Registrierung als Kandidat einzureichen. Zugelassen sind bisher ausschließlich Kandidaten, die als chancenlos gelten oder Putin sogar unterstützen. Sie mussten als Vertreter der Parlamentsparteien keine Unterstützungsunterschriften vorlegen. Gewählt wird vom 15. bis 17. März. Der 71-Jährige hat sich nicht von der Kremlpartei Geeintes Russland aufstellen lassen, sondern tritt als Einzelbewerber an. |dpa

UKRAINEKRIEG

Selenskyj: Kein Druck auf Deutschland

KIEW/BERLIN – Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj will ins Ausland geflüchtete Wehrdienstverweigerer nicht mit Druck zurückholen. Er fordere daher auch Bundeskanzler Olaf Scholz nicht dazu auf, diese Menschen in die Ukraine zurückzuschicken, sagte er am Sonntag in der ARD-Sendung „Caran Miosga“. „Ich rufe definitiv nicht Olaf Scholz zu: Bringe sie schnell zurück“, sagte er. „Wir leben in einer demokratischen Welt.“ Was die Ukraine mit Blick auf Wehrdienstverweigerer brauche, sei ein „funktionierendes Gesetz“. Dies sei in Vorbereitung. Er persönlich wünsche sich, dass diese Menschen zurückkehrten, schon aus Gründen der Gerechtigkeit. Nach Beginn des Kriegs gegen die Ukraine vor knapp zwei Jahren waren Hunderttausende Ukrainer ins Ausland geflohen. |dpa

UMFRAGE

Geringe Zustimmung zum Klimageld

FÜRTH/NÜRNBERG – Ein Klimageld, das pauschal an alle Bürger ausbezahlt wird, findet unter den Deutschen nur geringe Zustimmung. Bei einer repräsentativen Umfrage lag dieser Vorschlag auf einer Skala von minus 3 (Ablehnung) bis plus 3 (Zustimmung) nur bei plus 0,5, wie das Ifo-Institut am Montag in München mitteilte. Etwas mehr Zustimmung fand die gezielte Kompensation von Haushalten, die besonders stark vom CO₂-Preis belastet sind (plus 0,7). Am ehesten (plus 0,8) waren die Befragten für ein „soziales Klimageld“, das bis zu einem Bruttoeinkommen von 4000 Euro ausbezahlt würde, wie die Erhebung zeigt. |epd

Was Berlin und EU nach dem UNRWA-Skandal fordern

BERLIN – Der Vorwurf ist ungeheuerlich. Mitarbeiter des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen für die Palästinenser (UNRWA) sollen beim Angriff der Hamas am 7. Oktober beteiligt gewesen sein, sogar an Entführungen und Massakern teilgenommen haben. Deutschland hat daraufhin entschieden, die Hilfszahlungen an die Organisation zu stoppen. Hauptstadt-Korrespondent Tobias Heimbach gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen zu dem Fall.

Frage: Welche Aufgaben hat die UNRWA?

Antwort: UNRWA wurde 1949 nach dem arabisch-israelischen Krieg von den Vereinten Nationen gegründet. Bis heute kümmert sich die Organisation um die Belange der als Flüchtlinge registrierten Palästinenser. Ende der 1940er-Jahre waren es rund 750.000, heute etwa 5,9 Millionen. Anders als bei anderen Flüchtlingsgruppen wird der Status vererbt. Die Flüchtlinge verteilen sich auf Libanon, Jordanien, Syrien, das Westjordanland und den Gazastreifen. Die UNRWA-Angebote reichen dabei von Nothilfe, Bildung, Gesundheit, Sozialdiensten bis hin zu Infrastruktur.

Frage: Was wird UNRWA-Mitarbeitern vorgeworfen?

Antwort: Israel hat offenbar ein Dossier über insgesamt zwölf Mitarbeiter der UNRWA zusammengestellt und dieses auch amerikanischen Behörden weitergeleitet. Darin werden schwere Vorwürfe erhoben, wie die „New York Times“ berichtet. Ein UNRWA-Mitarbeiter soll an der Entführung einer Israelin beteiligt gewesen sein, ein anderer habe Munition verteilt, ein dritter sei an einem Massaker in einem Kibbuz beteiligt gewesen. Die UN verurteilte diese Taten, den entsprechenden Personen sei bereits gekündigt worden, hieß es. Das „Wall Street Journal“ berichtete über weitere Vorwürfe. Ein UNRWA-Sozialarbeiter habe dabei geholfen, die Leiche eines israelischen Soldaten in den Gazastreifen zu bringen. Er habe auch die Bewegungen von Lastwagen und Munitionslieferungen für die Hamas koordiniert, bevor er im Krieg getötet worden sei. Ein Mathematiklehrer und Hamas-Mitglied sei nahe genug an einer weiblichen Geisel gewesen, um ein Foto von ihr zu machen, schrieb das Blatt zudem. Ein weiterer UNRWA-Mitarbeiter habe für die Terrororganisation Islamischer Dschihad am Tag nach dem Massaker eine „Operationszentrale“ eingerichtet.

Frage: Wie hat Deutschland reagiert?

Antwort: Das Auswärtige Amt und



Vertriebene Palästinenser erhalten Säcke mit Mehl in der Schule des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) in Rafah im südlichen Gazastreifen. Israel hat behauptet, mehrere UNRWA-Mitarbeiter seien an dem Anschlag der Hamas am 7. Oktober beteiligt gewesen zu sein.

FOTO: ISMAEL MOHAMAD/MAGDO

das Bundesentwicklungsministerium hatten bereits am Wochenende erklärt, alle Gelder für die UNRWA zu stoppen. „Bis zum Ende der Aufklärung wird Deutschland in Abstimmung mit anderen Geberländern temporär keine neuen Mittel für UNRWA in Gaza bewilligen“, hieß es. Auch andere Länder haben die Zahlungen gestoppt, darunter Frankreich und Japan. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes betonte am Montag, es sei jetzt an UNRWA, „sehr schnell und rasch die notwendigen Schritte zur Aufklärung zu unternehmen, um diese Situation zu bereinigen“.

Frage: Wie viel Geld hat Deutschland gezahlt?

Antwort: Im abgelaufenen Haushaltsjahr hatte die Bundesrepublik insgesamt 206 Millionen Euro an UNRWA überwiesen. Schon nach den Attacken des 7. Oktober haben deutsche Behörden die Zahlungen und die Verwendung der Mittel überprüft. Danach wurden die deutschen Zahlungen nicht mehr dafür verwendet, Gehälter zu überweisen. Stattdessen seien diese für Hilfslieferungen genutzt worden.

Frage: Welche Folgen hat der Zahlungsstopp?

Antwort: Durch den Krieg ist die Versorgungslage in Gaza katastrophal. Zahlreiche Gebäude sind zerstört, die Gesundheitsversorgung ist unzureichend, Beobachter warnen vor Hunger. UNRWA-Chef Lazzarini hatte gewarnt, eine Einstellung der Zahlungen werde dazu führen, dass die Organisation binnen weniger Wochen alle Aktivitäten im Gazastreifen stoppen müsse. Unmittel-

bar könnten wohl andere UN-Organisationen wie das Kinderhilfswerk UNICEF oder das Welternährungsprogramm einspringen. Doch UNRWA ist ein wichtiger Akteur im Gazastreifen und dort mit 13.000 Mitarbeiter tätig. Das deutsche Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium betonten in ihrer Erklärung, wie zentral das Flüchtlingshilfswerk sei: „Die Rolle von UNRWA ist für die Grundversorgung der palästinensischen Bevölkerung lebenswichtig“, hieß es. Letztlich ist es wohl ein unauf lösbares Dilemma: In einem von der Hamas beherrschten Gebiet kann sich wohl kaum eine Organisation deren

Einfluss entziehen. Gleichzeitig gibt es einen dringenden Bedarf für Hilfe, um Menschen im Gazastreifen zu versorgen. Für die weitere Zukunft ist offen, welche Rolle UNRWA einnehmen wird. Israel erhebt immer wieder die Forderung die Organisation aufzulösen, große Geberländer wie Deutschland haben sich dem bislang nicht angeschlossen. Möglich, dass es erst zu Reformen kommt, wenn der aktuelle Konflikt beendet ist.

Frage: Wie reagiert die Europäische Union?

Antwort: Die EU verlangt angesichts der Vorwürfe gegen die UN-Organisation umfassende Prüfrechte und schließt Konsequenzen nicht aus. Man erwarte, dass das UNRWA einem Audit, also einer Überprüfung, durch von der EU ernannte unabhängige Experten zustimme, teilte die zuständige EU-Kommission am Montag in Brüssel mit. Bevorstehende Finanzierungsentscheidungen für die UNRWA werde man vor dem Hintergrund der sehr schwerwiegenden Vorwürfe treffen. Derzeit sind nach Angaben der EU-Kommission bis Ende Februar keine zusätzlichen Mittel vorgesehen. Die Europäische Union ist nach eigenen Angaben einer der größten Geber von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe für die Palästinenser in Gaza und der größte Geber der UNRWA. Nach Zahlen aus dem vergangenen Juni stellen die EU und ihre Mitgliedstaaten jährlich 400 Millionen Euro für die UNRWA zur Verfügung, was 40 Prozent des jährlichen Budgets des Hilfswerks entspreche. |tohe mit dpa

„Es ist jetzt an UNRWA, sehr schnell und rasch die notwendigen Schritte zur Aufklärung zu unternehmen, um diese Situation zu bereinigen.“

Sprecher des Auswärtigen Amtes

Nehmen USA nach ersten Verlusten nun den Iran ins Visier?

Bei einem Drohnenangriff auf US-Stützpunkt in Jordanien sterben drei US-Soldaten. Offenbar verliert Teheran die Kontrolle über regionale Verbündete.

VON THOMAS SEIBERT

ISTANBUL – Pro-iranische Milizionäre im Nahen Osten gehen in Deckung: Nach dem Tod von drei US-Soldaten bei einem Drohnenangriff auf ihren Stützpunkt im Dreiländereck von Syrien, Irak und Jordanien haben Iran-treue Kämpfer in der Region die Hauptquartiere ihrer Milizen geräumt, weil sie amerikanische Vergeltungsschläge fürchten. Die USA könnten nach ihren ersten Verlusten seit Ausbruch des Gazakrieges auch den Iran selbst ins Visier nehmen.

Das Regime in Teheran setzt seit

Monaten verbündete Milizen ein, um US-Streitkräfte im Nahen Osten anzugreifen. Damit will der Iran im Konflikt zwischen der Hamas und dem US-Partner Israel Flagge zeigen, ohne selbst in den neuen Nahost-Krieg verwickelt zu werden. Doch der Angriff auf den US-Stützpunkt zeigt, dass Teheran die Kontrolle über seine Hilfstruppen verliert: Der iranisch-amerikanische Konflikt eskaliert, ohne dass die beiden Seiten das eigentlich wollen.

Der „Islamische Widerstand im Irak“, ein Zusammenschluss pro-iranischer Milizen, hatte nach eigenen Angaben am Sonntag eine Kamikaze-Drohne auf den US-Stützpunkt im Dreiländereck stürzen lassen. Sie explodierte in den Mannschaftsquartieren des Vorpostens „T22“ auf jordanischem Boden, tötete drei Soldaten und verletzte mindestens 34 weitere. Wie viele US-Soldaten in „T22“ stationiert sind, ist nicht bekannt. Im Irak befinden sich rund 2500 US-Soldaten, in Syrien 900.

US-Präsident Joe Biden kündigte

Vergeltung an; einige amerikanische Politiker fordern, die US-Militärs sollten Stellungen der iranischen Revolutionsgarde in der Region oder den Iran selbst angreifen. US-Militärs haben seit Ausbruch des Gazakrieges im Oktober mehr als 150 Angriffe pro-iranischer Milizen auf amerikanische Stützpunkte im Nahen Osten gezählt. Biden, der einen schwierigen Wahlkampf vor sich hat, ließ die meisten Angriffe bisher mit örtlich begrenzten Schlägen beantworten; im Januar tötete eine US-Drohne einen pro-iranischen Milizenchef. Innenpolitische Gegner nennen Biden wegen seiner relativ zurückhaltenden Reaktion einen „Feigling“. Jetzt könnte Biden größere Militärschläge anordnen.

Auch wenn „T22“ von pro-iranischen Milizen beschossen wurde – im Interesse der iranischen Führung sei der Drohnenangriff nicht gewesen, sagt der Iran-Experte Arash Azizi. Wahrscheinlich sei der Beschuss das Werk „übereifriger irakischer Milizen“ gewesen, sagte Azizi.

Dieser „Übereifer“ ist schon länger ein Problem für die iranische Führung. Pro-iranische Gruppen beklagen, dass Teheran trotz seiner oft großspurigen anti-amerikanischen und anti-israelischen Rhetorik nur wenig tut, um Amerika und Israel zu schwächen. Die irakischen Milizen beschwerten sich nach Angaben von Azizi, dass sie von US-Raketen und -Kampfflugzeugen angegriffen würden. „Sie sagen: Die Amerikaner achten darauf, keine Iraner zu treffen, aber sie haben kein Problem damit, Iraker zu töten“, beschreibt Azizi die Aussagen irakischer Milizionäre.

Teheran distanzierte sich am Montag von dem Angriff und erklärte, die Kräfte des „Widerstandes“ handelten eigenständig. Mit ähnlichen Formulierungen hatte Irans Regierung in den vergangenen Wochen auch die Angriffe der pro-iranischen Huthi-Miliz auf Schiffe im Roten Meer kommentiert. Doch die Taktik, Partner in der Region zu Angriffen auf US-Militärs zu ermuntern und sich gleichzeitig davon zu

distanzieren, funktioniert nach den US-Verlusten nicht mehr: Die iranische Regierung kann nicht die Führungsrolle in der sogenannten „Achse des Widerstands“ gegen USA und Israel beanspruchen und gleichzeitig so tun, als sei sie nur Zuschauer.

Der Angriff auf „T22“ bringt deshalb das oberste Ziel der Islamischen Republik in Gefahr: einen direkten militärischen Zusammenstoß mit USA und Israel zu verhindern, weil der Iran dabei den Kürze-

13.483 Ostrentner erhalten Geld aus Fonds

163.441 haben Einmalhilfe in Höhe von mindestens 2500 Euro beantragt

BERLIN – Beim Härtefallfonds für bedürftige Rentner aus der ehemaligen DDR und der Ex-Sowjetunion haben mehr als 163.441 Menschen Anträge gestellt. Aber bisher haben nur rund 13.483 Bedürftige Geld bekommen. Die Zahlen nannte das Bundessozialministerium kurz vor Ablauf der Antragsfrist am 31. Januar. Es geht um Einmalzahlungen von mindestens 2500 Euro. Der Fonds ist unter anderem gedacht für Bedürftige mit bestimmten Rentenansprüchen aus DDR-Zeiten, die 1991 nicht ins bundesdeutsche System übernommen wurden. Gemeint sind Zusatzrenten zum Beispiel für ehemalige Beschäftigte von Reichsbahn oder Post sowie Ansprüche von zu DDR-Zeiten geschiedene Frauen. Anträge stellen können zudem Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge aus der früheren Sowjetunion. Voraussetzung für die Einmalzahlung ist Bedürftigkeit, also eine Rente in der Nähe der Grundsicherung.

Die Bundesregierung ging zum Start des Fonds vor einem Jahr von 180.000 bis 190.000 Menschen mit berechtigten Ansprüchen aus. Bis zum 26. Januar 2024 seien laut Ministerium 48.543 Anträge abschließend bearbeitet worden, aber nur 13.483 Anträge bewilligt. Der Bund hatte 500 Millionen Euro eingeplant, zudem konnten sich die Länder beteiligen. Dann bekommen Bedürftige aus dem Bundesland die doppelte Summe: 5000 statt 2500 Euro. Eine Verlängerung der Antragsfrist sei nicht geplant. Linken-Bundesgeschäftsführer Ates Gürpinar forderte diese. Zudem sollten alle Menschen mit möglichen Ansprüchen angeschrieben werden. |dpa

UKRAINE-HILFE

Ungarn offenbar kompromissbereit

BRÜSSEL – Im Streit über ein geplantes Ukraine-Hilfspaket der EU signalisiert Ungarn kurz vor einem Sondergipfel Kompromissbereitschaft. Die Regierung in Budapest sei nun offen dafür, das 50-Milliarden-Paket unter bestimmten Bedingungen über den EU-Haushalt zu finanzieren, sagte Balazs Orbán, politischer Chefberater von Ministerpräsident Viktor Orbán. Ungarn habe Brüssel am Samstag einen entsprechenden Vorschlag überstellt. Details sind bislang aber nicht bekannt. |dpa



US-Präsident Joe Biden verneigt sich in einer Schweigeminute für die drei getöteten amerikanischen Soldaten.

FOTO: JACQUELYN MARTIN/AP/DPA

Einen KOMMENTAR lesen Sie auf Seite 4.